



Attac Deutschland . Münchener Straße 48 . 60329 Frankfurt/Main

«Vorname» «Name», «Zusatz»
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Münchener Straße 48
60329 Frankfurt/Main
Telefon 069/900 281-10
Telefax 069/900 281-99
Mail: info@attac.de
Web: www.attac.de

08. November 2013

Sehr geehrte/r Herr/Frau [MdB],

die Herausforderungen, vor denen Sie als Mitglied des neu gewählten Bundestages stehen, sind enorm. Eurozonen-Krise, soziale Ungleichheit, prekäre Beschäftigungsverhältnisse und Energiewende sind nur einige Stichworte. Heute schreiben wir Ihnen anlässlich eines politischen Projektes, das all diese Bereiche berührt: die zwischen der EU und den USA angestrebte Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP).

Wir sind anlässlich der Pläne zur Schaffung der größten Freihandelszone der Welt sehr besorgt. Auch wenn der EU-Kommissar De Gucht die TTIP als eine Art kostenloses Konjunkturpaket preist – die zu erwartenden Wachstums- und Beschäftigungseffekte sind gering. So geht sogar die freihandelsfreundliche und selbst an dem Abkommen interessierte Bertelsmann-Stiftung beispielsweise für Deutschland je nach Szenario lediglich von einem Anstieg der Beschäftigung um 0,12 bzw. 0,47 Prozent aus – verteilt über einen Zeitraum von fünfzehn Jahren. Demgegenüber steht vor allem die Gefahr einer weiteren Vertiefung des Standortwettbewerbs, einer Verringerung demokratischer Gestaltungsmöglichkeiten und eines Abbaus sozialer und ökologischer Standards. Unsere Besorgnis bezieht sich hauptsächlich auf die folgenden Bereiche:

- **Investitionsschutz:** Laut dem Verhandlungsmandat der EU-Kommission soll ein Investitionsschutzabkommen Teil des Vertrags werden. Konzerne sollen das Recht bekommen, die Vertragsstaaten vor einem Schiedsgericht zu verklagen, wenn eine „direkte oder indirekte Enteignung“ droht. Einerseits wird dadurch eine parallele Rechtsstruktur jenseits demokratischer Kontrolle geschaffen, die die Standards unseres modernen Rechtssystems untergräbt. Andererseits können Investor-Staat-Klagen demokratische Entscheidungsspielräume schmälern, wenn Konzerne entsprechende Regulierungsmaßnahmen (Umweltstandards, Sozialstandards etc.) wegklagen können.
- **Finanzmarktregulierung:** Die globale Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise hat gezeigt, dass unregulierte Finanzmärkte eine Gefahr für Wirtschaft und Gesellschaft bedeuten. Auch fünf Jahre nach dem Kollaps von Lehman Brothers ist nicht ausgeschlossen, dass weitere Finanzkrisen mit ähnlichen Dominoeffekten wie 2007ff eintreten. Viele notwendige Maßnahmen wurden nicht ergriffen. Lediglich einige zaghafte Ansätze wurden auf den Weg gebracht. Alles deutet darauf hin, dass die EU-Kommission es in den Freihandelsverhandlungen billigend in Kauf nimmt, dass diese Ansätze wieder ausgehebelt werden.
- **Vorsorgeprinzip und Verbraucherschutz:** Zwischen der EU und den USA gibt es erhebliche Unterschiede bei Produktstandards, Kennzeichnungspflichten, Gesundheitsstandards u.v.m. Bei der TTIP-Verhandlung soll eine möglichst weitreichende Angleichung herbeigeführt werden. Die TTIP könnte so dem umweltschädlichen Fracking, gentechnisch veränderten Nahrungsmitteln u.v.m. Tür und Tor öffnen und die gesundheitliche Grundversorgung weiter aushöhlen.

- ArbeitnehmerInnenrechte: Die USA haben zentrale ILO-Normen betreffend gewerkschaftlicher Organisationsrechte nicht unterzeichnet. In Teilen der USA herrscht eine regelrecht gewerkschaftsfeindliche Politik. Die TTIP könnte bei einer Angleichung entsprechender Standards eine erhebliche Schwächung der ArbeitnehmerInnen in der EU bedeuten.
- Kultur: Kulturelle Vielfalt kann es ohne Förderung und Schutz nicht geben. Die TTIP gefährdet bspw. die Filmförderung und die Buchpreisbindung. Die Kultur nur dort sich entwickeln zu lassen, wo sie nach Marktkriterien profitabel ist, bedeutet kulturelle Verarmung.
- Öffentliches Beschaffungswesen: Durch eine vollständige Öffnung des öffentlichen Beschaffungswesens für Anbieter des jeweils anderen TTIP-Partners würde es künftig schwerer werden, ökologische und soziale Aspekte bei der Auftragsvergabe einzubeziehen. Genau darauf pocht die EU in den Verhandlungen.

Wir verstehen die TTIP-Verhandlungen daher als eine Bedrohung für soziale Rechte, Verbraucherschutz und Umwelt. Die Verhandlungen werden ohne demokratische Kontrolle durchgeführt. Vorbereitet wurden die Verhandlungen von der transatlantischen „High Level Working Group on Jobs and Growth“. Kein einziges Mitglied dieser Gruppe hatte ein demokratisches Mandat. Dass ein übergroßer Anteil der externen Expertise von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden kam, während Sozial-, Umwelt- und Verbraucherschutzverbände kaum Einfluss nehmen konnten, machte ein ausgeglichenes Verfahren zu allseitigem Nutzen völlig unmöglich. Die Verhandlungen selbst werden seitens der EU von der Kommission geführt, die hierzu ein wenig konkretes, aber weitreichendes Mandat des Europäischen Rates erhielt. Demokratisch gewählte VertreterInnen der Mitgliedsländer sind an den Verhandlungen nicht beteiligt. Der Einfluss der Parlamente – Ihr Einfluss – beschränkt sich allein darauf, dem Verhandlungsergebnis zuzustimmen oder nicht.

Der aktuelle Prozess zu einer transatlantischen Freihandelszone ist demokratisch organisierten Gesellschaften nicht würdig. Die potenziellen Folgen eines ratifizierten Freihandelsvertrages sind äußerst Besorgnis erregend und widersprechen gesellschaftlichen Interessen fundamental.

Attac setzt sich ein für eine solidarische und ökologische Weltwirtschaft. Deshalb fordern wir einen Stopp der TTIP-Verhandlungen. Auch unter dem Eindruck der jüngsten Datenschutz- und Abhörskandale verbietet sich jede weitere Fortsetzung der intransparenten Verhandlungen. Die durch den Abhörskandal offenbarten Methoden und Möglichkeiten der Informationsbeschaffung von Geheimdiensten lassen nur den Schluss zu, dass die bisherige Praxis, strategische Geheimverhandlung zu führen, überholt ist. Zum einen, weil ohnehin nichts mehr geheim bleibt, zum anderen aber vor allem, weil die Bürger ein Recht darauf haben, ihre Gesellschaften aktiv gemeinsam zu gestalten und nicht bevormundet zu werden. Wir befürchten, dass die BürgerInnen-Rechte durch ein transatlantisches Projekt wie die TTIP weiter geschwächt würden.

Wir fordern Sie daher auf: Nehmen Sie Ihr Mandat ernst! Handeln Sie zum Wohle und im Interesse der Allgemeinheit! Widersprechen Sie der undemokratischen Praxis der TTIP-Verhandlungen! Üben Sie Druck auf die Bundesregierung und die EU-Institutionen aus! Setzen Sie sich dafür ein, TTIP zu verhindern!

Mit freundlichen Grüßen

im Namen von Attac Deutschland



Hanni Gramann,
Attac Koordinierungskreis



Dr. Harald Klimenta,
Wissenschaftlicher Beirat von Attac



Steffen Stierle,
Kampagnengruppe TTIP stoppen!